

Die Reparationskommission wird vermutlich ihre Entscheidung von der deutschen Antwort abhängig machen. Diese kann gar nicht anders, als ablehnend lauten. Daraufhin wird die Reparationskommission dem Reichstag Beschlüsse fassen. Der große Unterschied wird hier nur der sein, ob man eine absichtliche oder eine unabsichtliche Verletzung nachsehen wird. Für den Fall einer absichtlichen Verletzung steht der Friedensvertrag vor, daß dann jede Regierung zu ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen greifen kann. Wenn man im Paris jetzt darauf besteht, daß Herr Poincaré im Falle einer „absichtlichen“ Verletzung zu Sanktionen schreiten könne, so ist das darum nicht richtig, weil es sich bei den nichtbezahlten Raten um Summen handelt, die zur Abgeltung der belgischen Priorität dienen sollen. Freilich, der Jurist Poincaré hat bisher nur bewiesen, daß er das robusteste Gewissen in Fragen des Rechts besitzt. Man wird bei ihm sich immerhin stets auf das Schlimmste gefaßt machen müssen. Die Frage ist eben die, ob die Engländer gewillt sind, ihrer Verpflichtung im Orient alle wirtschaftlichen Verunstaltungen in Europa zum Opfer zu bringen.

**Beamtenpflichten in der Republik.**

Weimar, 13. September.  
Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern Dr. Feld sprach vor schlesischen Beamten über das Gesetz betr. die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. Dr. Feld führte aus, daß Beamte, die den Eid auf die Reichsverfassung versprochen und die nach Gesetz des Gesetzes erannt sind, ohne weiteres entlassen werden können. Was die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik selbst anlangt, so erklären das angeführte Gesetz lediglich den bisherigen Rechtszustand. Wenn angenommen werde, daß Gesetz enthalte eine unzulässige Beschränkung der Beamten in der Reichsverfassung gewährte Meinungsfreiheit, so sei auf ein grundlegendes Merkmal des Reichsorganisationsgesetzes hinzuweisen, wonach das Recht der freien Meinungsäußerung bei den Beamten einer höheren Beschränkung als bei den Nichtbeamten unterliege. Der Beamte habe also auch außerhalb des Dienstes, insbesondere bei politischen Kundgebungen, auf die staatlichen Interessen, denen er in seinem Amte zu dienen habe, gebührende Rücksicht zu nehmen.

**Kleine politische Nachrichten.**

Die geplante kurze Schulungsreise des Reichslauten Dr. Wirth über den Inhalt zu einer ganzen Reihe von Gerichten über eine Rekonstruktion des Reichskabinetts durch Eintritt eines Volksparteilers. Wirth wird sogar von dem bevorstehenden Eintritt Dr. Wirths gesprochen. Wie wir auf das bestimmteste versichern können, steht der übrigens nach der neuen politischen Lage zum deutlichen verschobene Gefangenentausch in seiner jetzigen Zusammenhang mit Rekonstruktions- oder gar Militärabfertigung.  
Zur Frage einer Reorganisation der Reichslauten, die seit langer Zeit etrotzt wird, erfahren wir von zuständigen Stellen, daß man mit der Aussicht umgeht, die Reichslautenverwaltung, wie die ständige Verwaltungsverwaltung als Aktiengesellschaft zu betreiben, bei denen indessen das Reich und Preußen die Eigentümer bleiben sollen. In gewissem Umfang soll auch die Industrie an diesem Plane beteiligt werden. Man hofft auf diese Weise, eine erhebliche Steigerung der Einnahmen zu erzielen. — Die Eisenbahnlinie werden vom 1. Oktober ab im Personenverkehr um 50 Proz. erhöht.

Ein Berliner Lokalforscher zufolge bräutlichen die Eisenwerke der Reichslauten „ausgeblüht und -arbeits und im Laufe dieses Monats an die Regierung mit neuen Betriebsforderungen heranzutreten. Die, wie erinnerlich, zu Beginn dieses Monats u. verbundene Verhandlungen haben nämlich, der gleichen Fortschritt zufolge, in weiten Kreisen nicht befruchtigt.  
Der Umrüstungsbeschluß des Reichstages bewilligte einführung für die Fertigstellung begonnener Bauarbeiten nach den Beschlüssen des Reichstages 3 Milliarden RM, die durch die Landesregierungen den Trägern des Wohnungsbau- (Wohnungsförderungsgesellschaften, Gemeindefonds und Städtebauvereinigungen) abzurufen werden sollen. Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite teilte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit, daß die Rollage der Immobilien von 1870/71 gebietet werden soll und entsprechende Maßnahmen bereits in Angriff genommen seien.

Der Kontraktverband der Kunststoffe hat, im Gemeinschaft mit den übrigen Kfz-Verbänden, beim Reichsfinanzministerium beantragt, die 10-prozentige Steuererhöhung von 100.000 RM auf 300.000 RM zu erhöhen und die Grundsteuererhöhung beim Steuerabzug zu verweigern. Die Kfz-Verbände haben weiter vorgeschlagen, eine Änderung der Steuerbefreiung in der Höhe vorzunehmen, daß für je weitere 200.000 RM des freibehaltbaren Einkommens der Steuerfuß um 5 Proz. erhöht wird. Durch diesen Vorschlag würden die höheren Einkommen verhältnismäßig höher als bisher zur Einkommensteuer herangezogen und eine sozial gerechtere Staffelung der Einkommensteuer erreicht.

Im oberösterreichischen Abstammungsgebiet haben Verhandlungen von Beamten auf die preussische Verfassung infolge eines Verstoßes der Sozialistischen Kommissionen bisher nicht stattfinden dürfen; auch auf die Reichsverfassung ist ein Teil der Beamten noch nicht vereidigt worden. Nach dem nunmehr erfolgten Übergang Oberösterreichs an Preußen erfragen, wie der amtliche preussische Verfassungsmittel, der Minister des Innern und der Finanzminister in einem gemeinsamen Ertrag, die Vereidigung der in Frage kommenden unmittelbaren Staatsbeamten auf die Reichs- und preussische Verfassung gemäß einem älteren Gesetz mit Beschleunigung vorzunehmen. Gleichzeitig ordnet der Minister des Innern an, auch die Vereidigung der mittelbaren Staatsbeamten sofort in die Wege zu leiten. Als mittelbare Staatsbeamte gelten Beamte der politischen Gemeinden und Gemeindeförderung. Die Vereidigung sämtlicher in Frage kommenden Beamten soll bis zum 1. November d. J. abgeschlossen sein.

**Die Erhöhung der Posttarife.**

Die neuen Tarife für Postkarten und Briefe wurden vom Reichspostamt in seiner letzten Sitzung so angenommen, wie sie der Reichstag genehmigt hatte. Eine Postkarte im Ortsverkehr kostet also ab 1. Oktober 1,50 RM. Porto, im Fernverkehr 3 RM. Ein Brief im Ortsverkehr bis 20 g 2 RM.; über 20 bis 100 g 4 RM.; über 100 bis 250 g 6 RM. Im Fernverkehr beträgt das Porto für Briefe bis 20 g 6 RM.; über 20 bis 100 g 8 RM.; über 100 bis 250 g 10 RM. Fernbriefe kosten: bis 20 g 1 RM.; über 20 bis 50 g 1,50 RM.; über 50 bis 100 g 2 RM.; über 100 bis 250 g 3 RM.; über 250 bis 500 g 4 RM.; über 500 bis 1000 g 5 RM.

Die Fernsprechtarife wurden, gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und Volksparteier, nach dem Regierungsvorschlag angenommen. Es wird also, vom 1. Oktober ab, auf alle Fernsprechtarife ein Zuschlag von 500 Proz., das sind 340 Proz. mehr als bisher, erhoben. Angenommen wurde eine Entschärfung der deutschen Volkspartei, die Fernsprechtarife künftig so festzusetzen, daß die Einrichtungskosten für jede

Spezialstelle voll gedeckt, daß die Grundgebühren ermäßigt und die Einzelgesprächskosten entsprechend erhöht werden.

**Rollage als widerlicher Unfand.**

Frankfurt a. M., 13. September.  
Das badische Justizministerium hat an die Gerichte und Staatsanwaltschaften einen Ertrag geschickt, der die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Gegenstand hat. In dem Ertrag wird darauf hingewiesen, daß die Geldentwertung und die Preissteigerung zu einer fälschlichen Erscheinung der Wirtschaftslage führt, die alle Kreise des Volkes trifft und daß deshalb bei der Bemessung und der Vollziehung gerichtlicher Strafen jede mögliche und mit dem Strafzweck zu vereinbarende Rücksicht genommen werden muß. Dies hat namentlich bei solchen Personen zu gelten, denen die Sorge für den Unterhalt von Angehörigen obliegt. Je nach der Lage der Umstände soll Strafmäßigkeit oder Strafunterbrechung gewährt werden. Die Gerichte haben diesem Gesichtspunkte in weitem Umfang Rechnung getragen.

**Die Unruhen in Ost-Oberschlesien.**

Deutschland soll verantwortlich sein.  
Im Hinblick auf die in Ost-Oberschlesien neuerdings vorgefallenen Ausschreitungen gegen die Lebensmittelverkäufer hat die polnische Presse die deutsche Regierung für den Mangel an deutschen Zahlungsmitteln im Abrechnungsgebiet verantwortlich gemacht. Die polnische Presse behauptet, daß die deutsche Regierung durch das Herabkommen die Verpflichtung übernommen habe, das Land mit deutschem Geld zu versorgen. Jetzt entziehe sich die Regierung dieser Verpflichtung, und die Bevölkerung gehe deshalb einer Hungertatrophe entgegen.

Diesem gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland durch das Herabkommen keineswegs die Verpflichtung übernommen hat, Ost-Oberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versorgen. Dies geht insbesondere aus Art. 119 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 hervor, wonach die deutschen Banküberlassungen lediglich bemittelt sein sollen, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses an polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Banken sind dieser Verpflichtung bisher in vollem Umfang nachgekommen. Insbesondere ist die Reichsbankstelle in Gleiwitz bisher stets voll mit Zahlungsmitteln beliefert worden. Wenn neuerdings in Ost-Oberschlesien ein Mangel an deutschen Zahlungsmitteln eingetreten ist, so ist dieser Umstand größtenteils auf Spekulationsaktionen und auf das Abstreifen deutscher Reichsmark nach Warschau zurückzuführen. Die polnische Presse handelt gewissenslos, wenn sie die deutsche Regierung für die Abrechnungen verantwortlich macht, die ihrer Einwirkung völlig entzogen sind.

**Die schwierige Wirtschaftslage in Holland.**

Haag, 13. September.  
Die vereinigten Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie haben den Gewerkschaften mitgeteilt, daß bei der gegenwärtigen Lage eine beträchtliche Herabsetzung der Lohnsätze unvermeidlich sei, wenn die Arbeiter nicht darin einwilligen sollten, die Arbeitszeit erheblich auszu dehnen.

**Kabinettskrisis in Wien.**

Wien, 13. September.  
In Wien hat sich die Lage des Kabinetts seitdem sehr verschlechtert. Denn es ist fraglich, ob es möglich sein wird, die in Wien für einen Kredit festgelegten Bedingungen im österreichischen Parlament durchzusetzen. In erster Linie sprechen sich, wie dem „N. Z.“ gemeldet wird, die Sozialdemokraten gegen diese Bedingungen aus. Noch schwieriger gestaltet sich die Frage der neuen Kabinetts, denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Regierungsparteien erhebt Opposition gegen die von der Regierung und der Landesregierung getroffenen Maßnahmen und von der Regierung getroffenen Forderungen, daß der Goldfuß der neuen Kabinetts nicht in Österreich bleiben, sondern im Ausland deponiert werden soll. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß wir schon in den nächsten Tagen wieder vor einer Kabinettskrisis in Österreich stehen.

**Die tschechoslowakische Wirtschaftskrise.**

Wien, 13. September.  
Die tschechoslowakische Regierung plant im nächsten Budget einschneidende Änderungen vorzunehmen, die der durch die Weltkrise der tschechoslowakischen Krone bedingten Lage Rechnung tragen sollen. Wäher wurden bereits Gruppierungen im Betrage von einer Milliarde erzielt. Weiterhin ist die Erhebung der Post- und Eisenbahntarife und der Zölle, eventuell sollen auch die Gehälter der Beamten der öffentlichen Verwaltung der Krone eingepaßt werden. Zur Bekämpfung der Inflation ist ein großes Inflationstherapieprogramm beizugehen. Es sind, wie der Vertreter des „N. Z.“ mitteilt, sehr umfangreiche Staatsanleihe vorgesehen, so öffentliche Bauten im Betrage von 400 Mill. Kronen. Man denkt auch an die Ausgabe eines neuen Nationalbanknotens. Bei einer Konjunktur zwischen einer Reihe von Ministern und Vertretern der tschechoslowakischen Bauern haben die letzteren auf den gewaltigen Umfang der Betriebsänderungen und der Arbeitslosigkeit hin, von der insbesondere die deutsche Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei betroffen werde. Die Minister erklärten, es werde im Herbst verhandelt werden, daß Betriebe eine Angabe von Gehältern geschloßen werden. Es soll zwangsweise die vierstündige Arbeitszeit für alle Arbeiter eingeführt werden.

**Englischer Wirtschaftsdruk auf Frankreich.**

Paris, 13. September.  
Infolge der ungünstigen Beurteilung der Reparationsverhandlungen hat die Londoner Welt große Mengen französischer Papiere auf den Markt geworfen, jedoch die französische Bilanz sich gegenüber der Sowjetunion erheblich verschlechtert hat. Ferner werden von London aus im Zusammenhang mit dem englisch-französischen Konflikt in der Kreditfrage alle französischen Wertpapiere in jenem Umfang angeboten, daß die Pariser Börse nicht imstande ist, das auf den Markt kommende Material anzunehmen. Während alle französischen Wertpapiere stark zurückgegangen sind, werden die in Paris gehandelten englischen und amerikanischen Papiere von der Baillifbestimmung kaum berührt. In Finanzkreisen erdicht man in diesen Vorgängen einen schätzbaren Beweis dafür, daß die englische Hochfinanz ihre angestrebte Wirkung auf Frankreich einen wirtschaftlichen Druck auszuüben, zu verwirklichen beginnt.

**Wissenschaft und Kunst.**

**Bekämpfung der Schundliteratur.**

Die Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur hat sämtliche Kultusministerien der Länder, Regierungen und Reichshauptmannschaften, sowie die Magistrats aller Städte über 20.000 Einwohner und eine Reihe großer Verbände um Unterstützung und bei ihrer Schundkampagne um Mitarbeit gebeten, die sie vom 15. bis 22. Oktober abhalten will. Es sollen zunächst allenthalben die Händler mit Schundschriften festgesetzt und verurteilt werden, an Stelle der schlechten Kinstig gewic, billige Bücher und Orte zu verkaufen. Die Aufstellung einer Reihe solcher billiger und guter Bücher ist geplant. Händler, die trotz erfolgter Warnung den Verkauf solcher Schundschriften fortsetzen, werden auf Verurteilung gesetzt, und Eltern, Lehrer und Jugend aufgefordert, in diesen Geschäften nicht mehr zu kaufen. Nur wenn solche Bestellungen von offen, denen die geistige und sittliche Gesundheit unserer Jugend am Herzen liegt, unterstützt werden, dürfen wir hoffen, dieser Gefahr, der geistigen- und verarmungsstiftende, gewinnstiftende Elemente unser Volk auszuweisen, Herr zu werden. Jedes Einzelne vermag an dieser Arbeit teilzunehmen durch Veräußerung der ihm vorfindenden Jugendliteratur, durch Bekämpfung gleichgültiger, verständnisloser Eltern und durch Einwirkung auf die Verkäufer solcher verwerflichen Bücher. Wenn wir hören, daß heute etwa drei Millionen Schundhefte in Deutschland im Umlauf sind, können wir den Schaden ungefähr ermaßen, der auf diesem Gebiete heute angerichtet wird.

Polenabfahrt des Reichsmarschall. Der Polenabfahrt des Reichsmarschall liegt folgender Reiseplan zugrunde: Er findet Sonntag: Am 20. September in Utrecht (Niederl.), 22. September Leyden (Niederl.), 24. September Brabant, 26. September Haarlem (Groote Kerf),

28. September Raardem-Bussum (St. Varend), 30. September Amsterdam (Koningsgebou, Groote Zaal), 2. Oktober Haag (Gebou voor Kunst en Wetenschappen), 4. Oktober: Rotterdam (Groote of Laurentkerf), 6. Okt. Arnheim (Wafellocus, Groote Zaal), 9. Oktober: Dortmund (Neuadmiral), 11. Oktober: Barmen (Saal der Stadttheater). Mitwirkende sind: Reichsministerialdirektor Bernhard Plomnitz (Dagel), die Ministerin Jakobä Reptel van Dieck (in den holländischen Sozialisten) und Konigsmeyer Georg Graefe (in Rotterdam). Leiter ist Prof. Otto Richter. Die Kruglauer reisen Sonntag abend ab.

Zum siebzehnten Geburtstag Arthur Japp. Arthur Japp, der bekannte Romanhistoriker, hat ein Leben hinter sich, das erfüllt war von mannigfachen Kämpfen und aufsteigendem Ringen um den materiellen Erwerb. Mehr als drei Jahrzehnte umfaßt seine schriftstellerische Tätigkeit und die fastliche Zahl seiner Werke spricht von seiner Phantasie und Darstellungskraft. Schon sein erster Roman „Im neuen Sparta“ machte ihn mit einem Schläge bekannt. Arthur Japp gehört mit W. G. Sebald, Weidner und anderen zu den Mitbegründern des deutschen Naturalismus, dem er auch in den langen Jahren seines Wirkens und Schaffens unerbittlich treu geblieben ist. Freilich, die hohen Ideale und Ziele, die er sich als junger Mann stellte, konnte er jahrelang aus pekuniären Gründen nicht verwirklichen. So war er lange Jahre hindurch gezwungen, sich auf das Gebiet des Unterhaltungsromans zu beschränken. Die bedeutendsten Zeitungen und Wochenblätter brachten seine Erzählungen. Dieser Tage erscheint zu seinem siebzehnten Geburtstag, und gewissermaßen als Krönung seiner gesamten reichen Lebensarbeit ein großer Roman „Das neue Sparta“, der sich gegen herrschenden Volk und gegen politische Missstände wendet.

Geht Hauptmann in der Pacht. Vor der empfindlichen Pacht ist weder Kunst noch Wissenschaft, weder Kirche, Schule noch öffent-

liche Verwaltung und Wirtschaft sicher. Neuerdings haben sich die unbeschweren Parteisanftäter auch auf Geacht Hauptmann gestürzt und ihn entweder für ihre Partei in Anspruch genommen, oder ihn eine entsprechende Aufgabe erteilt. Besonders in schief rechts gerichteten Kreisen kann man sich mit dem Gedächtnis, dem augenblicklich größten deutschen Dichter nicht trennen. Wohl muß man seine reiche Lebensarbeit anerkennen, aber billigen kann man sie nicht. Denn Hauptmann ist, so sagen sie, kein nationaler Dichter. Er ist ein Pöpsel, ein Weltbürger, der ebenso für Franzosen und Engländer wie für Deutsche dichtet. Eine literarische Kritik, die sich von solchen Tendenzen leiten läßt, hat ihrem Aufbruch auf wissenschaftliche Beachtung verloren. Ganz abgesehen davon, daß Hauptmann einer der einflussreichsten Vertreter der deutschen Seele ist. Rationalistisch freilich war er nie. War das vielleicht Goethe, oder waren es vielleicht gar die Romantiker, die in der romantischen Geistesgeschichte gerade jetzt wieder eine so große Rolle spielen?

Hamburgische Schauspielschule. Unter dem Protektorat der Hamburger Schauspieldirektoren und der Vertreter Hamburgischer Behörden haben eine Anzahl führender Künstler und Gelehrter die Hamburgische Schauspielschule ins Leben gerufen als eine gemeinnützige soziale Einrichtung, die jedes private Geschäftinteresse von vornherein ausschließt. Es handelt sich um die Erziehung einer Hochschule für Schauspieler, welcher der Hamburger Staat das größte Interesse entgegenbringt. Verdient gemacht um die Idee der Hochschule für Schauspieler und ihre praktische Durchführung hat sich Radebeiner Radebein, deren Wicken um die künstlerische Volkserziehung weit über Hamburgs Grenzen hinaus bekannt ist, und in deren Händen auch die Leitung der Schauspielschule liegt. Um das künstlerische und wissenschaftliche Protektorat an der Waise zu übernehmen, erfolgt die Ausbildung nach der Methode der Begabten; eine Ehrenpflicht soll es sein, be-

sonders Ratgebenden, aber unbemittelten Schülern die Ausbildung zu ermöglichen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Prof. Dr. Bernhard Wid, der Direktor des Goethischen Münzkabinetts, der auf dem Gebiet der Münzkunde eine Autorität von internationalem Ruf ist, hat von den Vereinigten Staaten den Ruf erhalten, den Winter über in verschiedenen Universitäten Amerikas Vorlesungen über Münzkunde zu halten. Der Gelehrte dürfte dem Ruf Folge leisten und mit den Vorlesungen in Amerika bereits im Oktober beginnen.

Eine Reihe von Vorlesungen über den englisch-amerikanischen Kulturkreis ist an der Universität Göttingen für das kommende Wintersemester angekündigt: Geistige Zurechnungen im anglo-amerikanischen Leben des 19. Jahrhunderts, Prof. Dr. Jall; Geschichte der englischen Literatur im Zeitalter der Aufklärung, Prof. Dr. Focht; Englische Literatur des 19. Jahrhunderts (in englischer Sprache), Prof. Dr. Jall; Klänge über das Wirtschaftswesen Englands und der Vereinigten Staaten, Dr. Richter; Klänge über Adam Smith, Dr. Richter.

Der Schweizer Dichter Hermann Siegemann in Wien, der durch seine vielgelesene Darstellung des Weltkrieges hervorgetreten ist, wurde vom bayerischen Staatsministerium für Literatur und Kunst zum Honorarprofessor für neuere Geschichte an der philosophischen Fakultät der Universität München ernannt.

Amerikanische Umwelt. Fritz Schieferts Tragödie „Hans von Hutten's Ehe“, das im Oktober im Sächsischen Landestheater in Dresden aufgeführt wird, ist jedoch bei Deutscher & Co. in Berlin als Buch erschienen.

Deutsche Kunst. Ein gewisser Joseph Wichmann in Philadelphia hat, einem Telegramm des „New York Herald“ zufolge, das bekannte Bild Rembrandts: die Kreuzabnahme zu rund 500.000 Dollar gekauft.

Theaternachrichten. Im Bayerischen Opernhaus findet kommenden Monat die Benefizvorstellung des Singtheaters „Das Kästchen vom Wäldchen“, Text von Prof. August Prof. Prigly, Musik von Max Böhm-Rüdnitz, statt.